

Die Freie Wohlfahrtspflege fordert mehr Beschäftigungsmöglichkeiten und soziale Teilhabe für Arbeitslose. Der aktuelle Arbeitslosenreport belege, dass seit 2009 die öffentlich geförderte Beschäftigung für Menschen im Hartz-IV-Bezug drastisch reduziert wurde – auch in Oberhausen.

Viele Langzeitarbeitslose, so die Kritik, tauchten in den Statistiken nicht auf, weil sie beispielsweise krankgeschrieben sind oder sich derzeit in einer Fördermaßnahme befinden. Zu messen sei dies an der Diskrepanz zwischen gemeldeten Langzeitarbeitslosen und den Beziehern von Langzeitleistungen. Auch für Oberhausen weisen die Daten des Arbeitslosenreports eine deutliche Diskrepanz von 14139 Langzeit-Leistungsbeziehern (April 2017) und 5793 Langzeitarbeitslosen (Juli 2017) nach.

Die Zahlen verdeutlichen zudem: Haben 2009 in Oberhausen noch 795 erwerbsfähige Hilfebedürftige eine öffentlich geförderte Beschäftigung angeboten bekommen, so waren es im Jahre 2017 nur noch 386.

„Wir brauchen mehr Anstrengungen bei der öffentlich geförderten Beschäftigung“, sagt Jochen Kamps, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. „Unser Jobcenter benötigt dafür vom Bund erheblich höhere Zuweisungen zweckgebundener Eingliederungsmittel, um langfristige öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse einrichten zu können.“

LVR unterstützt Behinderte bei der Jobsuche

820 000 Euro sind im Jahr 2016 geflossen

Mit mehr als 820 000 Euro hat der Landschaftsverband Rheinland (LVR) im vergangenen Jahr in Oberhausen berufstätige Menschen und deren Arbeitgeber unterstützt. Laut aktuellem Bericht lag die Beschäftigungsquote der Menschen mit Behinderung 2015 bei 5,1 Prozent – sie übertrifft damit knapp den gesetzlich vorgeschriebenen Wert von fünf Prozent.

2015 lebten in Oberhausen 23 868 Menschen mit einer Schwerbehinderung. Dies geht aus dem Jahresbericht 2016/2017 hervor, den das LVR-Integrationsamt nun veröffentlicht hat. Rheinlandweit hat der LVR mit 53,6 Millionen Euro (Vorjahr: 49,7) die Beschäftigung schwerbehinderter und gleichgestellter Menschen unterstützt. 1398 Menschen hat der LVR ermöglicht, einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu erwerben. In 13 229 Fällen leisteten das LVR-Integrationsamt und die rheinischen Fachstellen für behinderte Menschen im Arbeitsleben finanzielle Leistungen an Arbeitgeber für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen.

Der LVR geht davon aus, dass die Zahl der schwerbehinderten Menschen im erwerbsfähigen Alter auch in den nächsten zehn Jahren weiter ansteigen wird – von 2005 bis 2015 war sie bereits um über zwölf Prozent gestiegen.

Werkstätten bieten kostenlosen Lichttest an

Es wird früher dunkel, das Wetter unbeständiger. Höchste Zeit, die Fahrzeugbeleuchtung ins Visier zu nehmen, meint die Oberhausener Verkehrswacht. Zumal die Ergebnisse der Licht-Test-Wochen in den vergangenen Jahren alarmierend seien: Jede dritte Fahrzeugbeleuchtung gilt als mangelhaft.

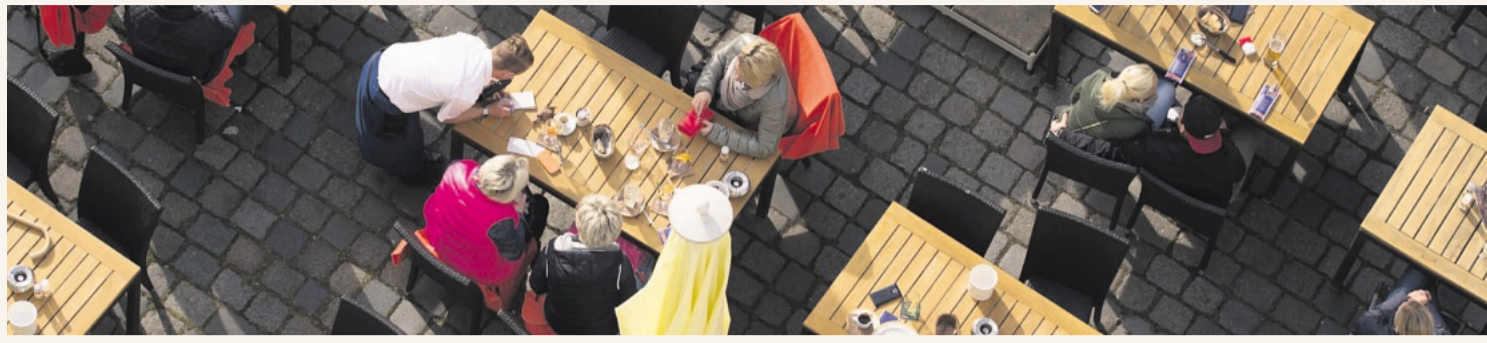
Polizei, Verkehrswacht und die Oberhausener Kfz-Innung wollen handeln: In den Monaten Oktober und November können Autofahrer kostenfrei die Fahrzeugbeleuchtung in den Kfz-Meisterbetrieben der Stadt überprüfen lassen. Zahlen aus 2016 sprechen eine deutliche Sprache: An 32 Prozent der insgesamt 138 000 überprüften Fahrzeuge wurden Mängel festgestellt.

Polizeipräsident Ingolf Möhring kündigt an, dass die Polizeibeamten in den kommenden Monaten besonders auf Beleuchtungsmängel an Fahrzeugen achten werden.

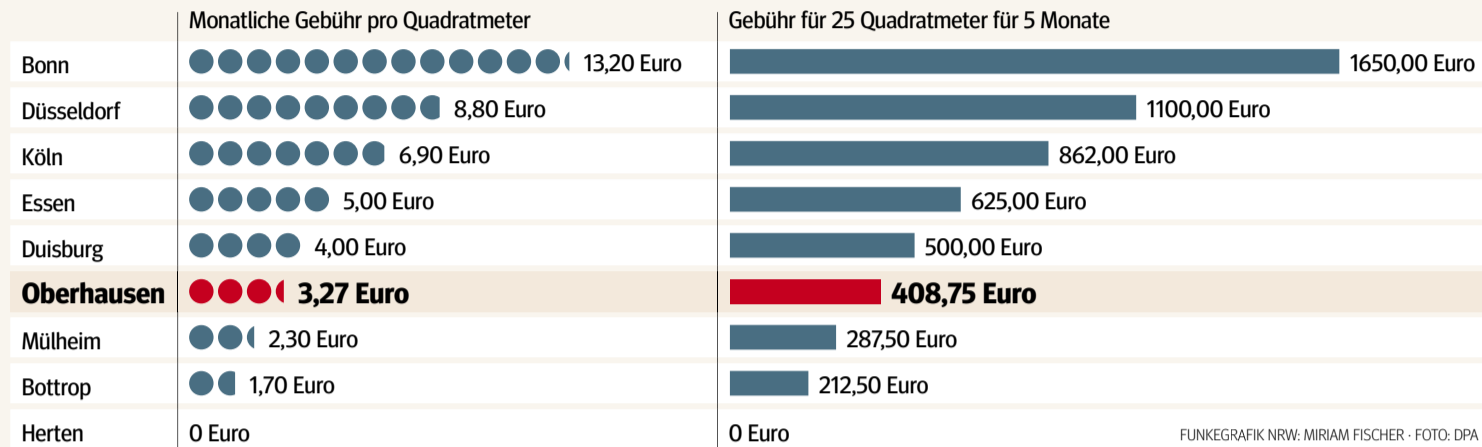
Ratgeber zur gesunden Ernährung

Gesund essen, gesund bleiben: Die Verbraucherzentrale bietet einen neuen Ratgeber mit einem 10-Punkte-Programm für mehr Wohlbefinden an. Angesprochen sei jeder, der Gesundheit und Gewicht dauerhaft in Balance bringen möchte.

Laut Deutscher Gesellschaft für Ernährung (DGE) lassen sich mit gesunder Ernährung bis zu 90 Prozent aller Diabetiserkrankungen, bis zu 80 Prozent aller Herzinfarkte und rund 50 Prozent aller Schlaganfälle vermeiden. Der Ratgeber ist 216 Seiten stark und kostet 19,90 Euro (als E-Book 15,99). Es gibt ihn an der Paul-Reusch-Straße 34 sowie auf ratgeber-verbraucherzentrale.de.



So viel müssen Gastronomen zahlen, wenn sie Tische und Stühle im Außenbereich aufstellen möchten



Für den Kaffee draußen zahlt auch der Wirt

Gemütlich im Straßencafé lässt sich der goldene Herbst besonders gut ausklingen. Doch was den Gästen Spaß bringt, kostet den Gastronomen Geld. Wie viel, das hat der Bund der Steuerzahler NRW aufgelistet. Und große Unterschiede festgestellt: Am tiefsten müssen

Gastronomen in Bonn in die Tasche greifen, umgerechnet 165 Euro zahlen sie in fünf Monaten für einen Außenbereich von 25 Quadratmetern. In den Städten Herten und Iserlohn zahlen sie dagegen nichts. Oberhausen landet in der Rangliste im unteren Mittelfeld.

Der Bund der Steuerzahler hat für die Erhebung alle NRW-Städte mit mehr als 60 000 Einwohnern miteinander verglichen. Als Basis dient die sogenannte Sondernutzungsgebühr für das Aufstellen von Stühlen und Tischen in Innenstadtlage in der Hauptsaison.

Jugendamt muss weiter sparen

Die Stadt muss Kosten bei erzieherischen Hilfen für schwierige Familien senken. Auch die Verträge mit freien Trägern sollen geprüft werden. Politik diskutiert

Von Nadine Gewehr

Wie schwierig es ist, die Kosten für Kinder aus sozial schwierigen Familien zu senken, zeigt die jüngste Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Ein Vertreter der Beraterfirma Consens hat eine Zwischenbilanz der ersten Sparmaßnahmen präsentiert. Ergebnis: Die Kosten steigen weiter, vermutlich nur nicht allzu rasant wie zunächst befürchtet.

Fünf Prozent wird die Stadt für das laufende Jahr wohl mehr ausgeben als 2016. Damals lagen die Kosten bei 67 Millionen Euro, plus fünf Prozent macht etwas mehr als 70 Millionen Euro. Die Kosten steigen seit Jahren dramatisch an, seit Februar wurden die ersten Sparmaßnahmen nun umgesetzt.

Als erstes politisches Gremium hat sich der Jugendhilfeausschuss

mit den Ergebnissen befasst. Größter Kostenfaktor laut Consens-Untersuchung: die ambulanten Hilfen, die alleine mit rund 40 Millionen Euro zu Buche schlagen. Darunter fallen etwa Beratungen, Gruppengespräche, Familienhilfen zur Bewältigung alltäglicher Aufgaben wie das regelmäßige Kochen oder die Hausaufgabenbetreuung der Kinder.

Vorwurf: Stadt schafft Wasserkopf

Um die in diesem Bereich massiv gestiegenen Fallzahlen bewältigen zu können, hat die Stadt 42 neue Kräfte eingestellt. Sehr zum Unmut von Andrea-Cora Walther von der Bürgerliste. Das sei ja wie beim Jobcenter, das „mehr Geld für die Mitarbeiter ausbittet als für die Hilfesuchenden“. Bei ihren Ausschuss-Kollegen kam der Einwand gar

nicht gut an. Ulrike Willing-Spielmann, CDU-Sprecherin und selbst im Jugendamt der Stadt Duisburg tätig: „Bei weniger Personal und gleichzeitig mehr Hilfesuchenden wird es unübersichtlich.“ Nur mit ausreichendem Personal könnten Hilfen zielgerichtet eingesetzt werden. Auch SPD-Sprecher Ulrich Real verteidigte die Einstellungen.

Noch deutlicher wurde Dezenturin Elke Münich. Auf den Vorwurf Walthers, die Stadt würde im Bereich für erzieherische Hilfen einen Wasserkopf produzieren, reagierte sie entschieden: „Die neuen Mitarbeiter gehen in die Familien, das ist Arbeit am Menschen, da sehe ich keinen Wasserkopf.“

Bei der Sitzung und der Vorstellung des Consens-Berichtes wurde aber auch deutlich: Die Stadt ist einen ersten Schritt gegangen, um

die Kosten für Erziehungshilfen in den Griff zu bekommen. Viele weitere Schritte sind nötig. So solle die Verwaltung dringend auch die Verträge mit freien Trägern prüfen, die im Auftrag der Stadt Familien beraten. Das Preis-Leistungs-Verhältnis sei in vielen Fällen nicht stimmig, so der Experte von Consens.

„Bei weniger Personal und mehr Hilfesuchenden wird es unübersichtlich.“

Ulrike Willing-Spielmann, CDU

Weitere Baustelle: der Einsatz von Inklusionshelfern für Schüler mit Behinderung. Auch hier könne man effektiver arbeiten.



Erntekorb für Schranz

Einen prall gefüllten Erntekorb hat Oberbürgermeister Daniel Schranz von der Kreisbauernschaft der Ruhrgrößtädte erhalten. Nach der Übergabe auf dem Hof der Oberhausener Familie Köster gab es anregende Gespräche – über die Güterverkehrsstrecke Betuwe, den Umbau der Emscher und vieles mehr.

FOTO: KREISBAUERNSCHAFT

Wohlfahrt fordert mehr Teilhabe für Arbeitslose

Bund soll Jobcenter besser unterstützen

Die Freie Wohlfahrtspflege fordert mehr Beschäftigungsmöglichkeiten und soziale Teilhabe für Arbeitslose. Der aktuelle Arbeitslosenreport belegt, dass seit 2009 die öffentlich geförderte Beschäftigung für Menschen im Hartz-IV-Bereich drastisch reduziert wurde – auch in Oberhausen.

Viele Langzeitarbeitslose, so die Kritik, tauchten in den Statistiken nicht auf, weil sie beispielsweise krankgeschrieben sind oder sich derzeit in einer Fördermaßnahme befinden. Zu messen sei dies an der Diskrepanz zwischen gemeldeten Langzeitarbeitslosen und den Beziehern von Langzeitleistungen. Auch für Oberhausen weisen die Daten des Arbeitslosenreports eine deutliche Diskrepanz von 14 139 Lang-



Jochen Kamps
FOTO: ULLA EMIG

zeit-Leistungsbeziehern (April 2017) und 5793 Langzeitarbeitslosen (Juli 2017) nach.

Die Zahlen verdeutlichen zudem: Haben 2009 in Oberhausen noch 795 erwerbsfähige Hilfebedürftige eine öffentlich geförderte

Beschäftigung angeboten bekommen, so waren es im Jahre 2017 nur noch 386.

„Wir brauchen mehr Anstrengungen bei der öffentlich geförderten Beschäftigung“, sagt Jochen Kamps, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. „Unser Jobcenter benötigt dafür vom Bund erheblich höhere Zuweisungen zweckgebundener Eingliederungsmittel, um langfristige öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse einrichten zu können.“

KOMPAKT

Service

Mehr Alleinerziehende beantragen Hilfen

Mehr Alleinerziehende als gedacht beantragen einen Vorschuss zum Unterhalt. Mit rund 1100 Anträgen hatte die Stadt gerechnet, Ende September waren es 1800. Zu den Mehrkosten kann die Stadt noch nichts sagen. Denn gleichzeitig kündigt die Landesregierung an, die Mittel für den Vorschuss zu erhöhen. Statt 48 Prozent der Gesamtkosten soll Oberhausen rückwirkend nur 30 Prozent als Eigenanteil leisten. Hintergrund ist ein neues Gesetz, nach dem Alleinerziehende seit dem 1. Juli länger Anspruch auf Unterhaltsvorschuss haben, wenn sich ein Elternteil um die Zahlungen drückt. mg

Wallfahrt nach Santiago de Compostela

Eine Wallfahrt nach Santiago de Compostela organisiert das Katholische Ferienwerk Oberhausen (KFO) für Oktober 2018. Anlässlich des Jubiläums des Bistums Essen geht es für die Teilnehmer zum Grab des Apostels Jakobus. Fünf Reisevorschläge wurden erarbeitet, die alle ein Ziel haben: Am 20. Oktober 2018 mit Bischof Franz-Josef Overbeck in Santiago de Compostela einen Dankgottesdienst zu feiern. Es gibt ein Wander-Angebot für Jugendliche und Erwachsene, eines für Radfahrer, eines für Kulturliebhaber sowie eine Busrundreise. Nähere Infos unter ☎ 99 42372.

Jetzt Ermäßigung der Lohnsteuer beantragen

Um die monatliche Steuerbelastung zu senken, können Oberhausener Arbeitnehmer ab sofort einen Antrag auf Lohnsteuer-Ermäßigung stellen. Darauf weisen die Finanzämter Nord und Süd hin. Der Freibetrag könne auch gleich für einen Zeitraum von bis zu zwei Kalenderjahren beantragt werden. Die entsprechenden Anträge können auf dem Postwege gestellt werden. Der hierfür erforderliche Vordruck wurde neu gestaltet. Die neu gestalteten Formulare sind nicht nur im Finanzamt, sondern auch im Internet auf der Seite finanzverwaltung.nrw.de erhältlich.

Computer-Schulungen für Arbeitsuchende

In seinen EDV-Schulungen bietet das Weiterbildungsinstitut Wbl regelmäßig neue Module an, mit denen Arbeitsuchenden ermöglicht wird, ihre Kenntnisse im kaufmännischen und im EDV-Bereich zu erweitern. In Voll- oder Teilzeit können Anfänger und Fortgeschrittene das Arbeiten mit Programmen von Microsoft Office wie Word, Excel oder Power-Point erlernen und vertiefen. Die Schulungen können über einen Bildungsgutschein von Arbeitsagentur oder Jobcenter finanziert werden. Nähere Infos unter ☎ 37 71 060.

Geschäftsstelle der IG Metall geschlossen

Die Geschäftsstelle der Gewerkschaft IG Metall in Oberhausen bleibt am heutigen Freitag, 20. Oktober, geschlossen. Ratsuchende erreichen sie dann am Montag wieder zu den üblichen Geschäftszeiten in den Räumen am Willy-Brandt-Platz 3, direkt am Hauptbahnhof. Telefonisch ist die Geschäftsstelle ebenfalls ab Montag wieder unter ☎ 82 33 30 zu erreichen sowie per E-Mail an oberhausen@igmetall.de.